



# Sitzungsvorlage

Nr.:	283/2005
ausgefertigt am:	07.12.2005
Fachamt:	Interner Servicebetrieb
zu beteiligende Gremien:	<ul style="list-style-type: none"><li>– Kreisausschuss</li><li>– Kreistag</li></ul>

## **Resolution zur Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit hier: Antrag des Kreistagsabgeordneten Schröder vom 02.12.2005**

Der Kreistagsabgeordnete Schröder stellte mit Schreiben vom 02.12.2005 folgenden Antrag:

„Der Kreistag des Landkreises Cuxhaven schließt sich dem offenen Brief und Aufruf des Hamburger Reeders Peter Krämer und einer Gruppe von Vermögenden, Schriftstellern und Wirtschaftsexperten an die Bundesregierung an und fordert diese auf, die Vermögensbesteuerung auf 3,8 Prozent des Bruttosozialprodukts anzuheben.

Dieser Prozentsatz entspricht dem Durchschnitt der westlichen Industriestaaten.

Die dadurch erzielbare Summe von über 60 Milliarden Euro jährlicher Mehreinnahmen ist anteilmäßig den kommunalen Haushalten zur Verfügung zu stellen.

Nahezu alle staatlichen Gebietskörperschaften sind seit Jahren nicht mehr in der Lage, ihre öffentlichen Haushalte auszugleichen. Die Gesamtverschuldung hat mit 1500 Milliarden Euro einen historischen Höchststand erreicht und steigt unvermindert weiter.

Zinsen, Zinseszinsen und Tilgung belasten die öffentlichen Haushalte mit zunehmender Tendenz, obwohl das Zinsniveau immer noch relativ niedrig ist.

Die Einwohnerzahlen stagnieren, vielerorts sinken sie bereits, so dass die wachsenden Schulden von immer weniger Schultern zu tragen sind und zahlenmäßig viel kleineren Generationen überlassen werden.

Die Einnahmen der kommunalen Haushalte decken oft nicht einmal mehr die notwendigen und gesetzlich vorgeschriebenen Ausgabeverpflichtungen und Personalkosten.

Öffentliche Einrichtungen und Gebäude können häufig nur noch notdürftig instand gehalten werden.

Sinnvolle, notwendige Investitionen und freiwillige Leistungen sind kaum noch möglich.

Die Investitionsquote ist auf einen historischen Tiefstand gesunken, so dass öffentliche Aufträge dramatisch zurückgehen und auch dadurch die Arbeitslosigkeit steigt.

Die Kassenkredite werden zunehmend zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen, obwohl sie eigentlich nur zur kurzfristigen Überbrückung von Finanzengpässen eingesetzt werden dürfen.

Mittlerweile übersteigen sie die legalen Schulden deutlich.

Ein Ende dieser katastrophalen Entwicklung ist bei der derzeitigen Steuer- und Finanzpolitik nicht absehbar.

Aus eigener Kraft können die Kreise, Städte und Gemeinden ihre Einnahmen nicht erhöhen. Daher muss schnellstmöglich gegengesteuert werden.

Der öffentlichen Armut steht ein gewaltiger und zuvor noch nie erreichter privater Reichtum gegenüber, der allerdings sehr ungleich verteilt ist. Dieser muss zu einem größeren Teil als bisher den öffentlichen Haushalten zur Verfügung gestellt werden.

### **Begründung:**

Dringender Handlungsbedarf zur Sanierung der öffentlichen Haushalte.“